



Gemeinde Alberschwende

Protokoll der 29. (öffentlichen) Gemeindevertretungssitzung

Montag, 24.02.2014
Feuerwehrhaus Alberschwende

Gemeindevertretungsmitglieder:

ÖVP	
BGM Angelika Schwarzmann	✓
DI Helmut Muxel	✓
Hubert Gmeiner	ab 20:20 Uhr
Jürgen Bereuter	✓
Pius Berlinger	✓
Gerold Neßler	✓
Lothar Eiler	ab 20:40 Uhr
Alexander Rüb	✓
Roman Winder	✓
Susanne Stadelmann	✓
Günther Winder	✓
Anton Bereuter	✓
Elfriede Berchtold	✓
Ing. Peter Klaus Gmeiner	entschuldigt
Markus Stadelmann	✓
Dr. MMag. Gregor Lässer	✓
AA	
Monika De Sousa	✓
DSA Birgit Fiel	✓
Patrick Schedler	✓
UBL	
Christoph Winder	✓
Mag. (FH) Andreas Dür	✓
Walter Betsch	✓
FPÖ	
Jürgen Bereuter	✓
Helmut Gmeiner	✓

Ersatzmitglieder:

ÖVP	
Michaela Sohm	ab 20:30 Uhr

Weitere Personen:

Dr. Hans Peter Ludescher, Landespolizeidirektor	✓
Brigadier Gerhard Ellensohn	✓
Adi Winder, Postenkommandant	✓
Ingo Hagspiel, Protokoll	✓

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. „Moderne Polizei“: Informationen aus erster Hand mit LPD Dr. Hans-Peter Ludescher
3. Wälderhalle
4. GIG Voranschlag 2014: Beschlussfassung
5. Darlehensaufnahme für den Bau einer Zentralküche im Pflegeheim
6. Darlehensaufnahme Projekt „Lift neu“ / Haftung 50 % - Verlängerung der Laufzeit
7. Wildbach- und Lawinerverbauung: Erhöhung der Betreuungsdienste
8. Übergabe Gst 4931/2 Öffentliches Gut (Mereute) an Straßenbenutzer / Anlieger
9. Genehmigung des Protokolls vom 16.12.2013
10. Berichte, Sonstiges, Allfälliges

Beginn: 20:15 Uhr

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, BGM Angelika Schwarzmann, begrüßt alle anwesenden GemeindevertreterInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sämtliche Mitglieder der Gemeindevertretung wurden ordnungsgemäß eingeladen. Weiters begrüßt die Bürgermeisterin die Vertreter der Polizei, Dr. Hans Peter Ludescher, Brigadier Gerhard Ellensohn sowie den Postenkommandanten von Alberschwende, Adi Winder und die erschienenen Zuhörer.

TOP 2: „Moderne Polizei“: Informationen aus erster Hand mit LPD Dr. Haus-Peter Ludescher

Dieses Thema war in den letzten Wochen täglich in den Medien. Da die Polizeidienststelle in Alberschwende im Rahmen dieses Projektes geschlossen wird, wurden die Verantwortlichen der Polizei eingeladen, um uns das Projekt näher vorzustellen. Die Vorsitzende übergibt das Wort an Landespolizeidirektor Dr. Hans Peter Ludescher.

Hans Peter Ludescher erklärt, dass in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von organisatorischen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Sicherheitsstruktur vom BM.I umgesetzt wurden. Ein weiterer Teil des Projektes „Moderne Polizei“ ist die Anpassung der Struktur auf Dienststellenebene. Die momentane Struktur der Dienststellen ist historisch in den Gemeinden gewachsen. Organisatorisch stellen die Kleindienststellen bisher schon eine große Herausforderung dar, in Zukunft wird dies noch viel schwieriger werden. Die Anforderungen an die Polizeibeamten sind sehr stark gestiegen. Früher wurde in den kleinen Dienststellen fast alles vom Generalist erledigt heute bedarf es immer mehr den Spezialisten. Auch haben sich die Kommunikationsmittel und die Mobilität weiterentwickelt. Es geht heute nicht mehr darum, ob es im Ort eine Polizeidienststelle gibt sondern wie lange es dauert, bis die Polizei am Einsatzort ist. Die Bürger greifen zum Handy, rufen dort meistens über den Notruf an und überlegen nicht, wo die nächste Polizeiinspektion ist.

Mit der Dienststellenstrukturanpassung soll die Außendienstpräsenz optimiert werden. Es soll gewährleistet sein, dass pro Dienststelle mindestens immer ein Auto mit zwei Beamten unterwegs ist. Weiters erhofft das BM.I sich, dass sich der administrative Aufwand verringert. Auch der Personaleinsatz kann flexibler und treffsicherer gestaltet werden. Zudem wird die Spezialisierung gefördert und ein Beamter, der sich auf ein Gebiet spezialisiert hat kann auch eine Fachkarriere machen, was bisher nicht der Fall war. Da in Zukunft Patrouillen nur noch zu zweit unterwegs sind, wird auch die Eigensicherheit der Beamten erhöht.

Mit den von der Schließung einer Polizeidienststelle betroffenen Gemeinden hat es im Vorfeld bereits Gespräche gegeben und die von der Gemeinde Alberschwende geforderten Punkte können alle erfüllt werden. Es wird für die Gemeinde ein Ansprechpartner namhaft gemacht. Auch muss die Präsenz Vorort gewahrt bleiben. Zudem soll ein Stützpunkt bestehen bleiben, die Ausgestaltung dieses muss noch definiert werden. Der Stützpunkt dient dazu, dass die Polizei in Alberschwende ein Büro hat, auf welches sie im Bedarfsfall zurückgreifen kann um beispielsweise eine Anzeige aufzunehmen. Der Stützpunkt ist normalerweise nicht besetzt. Die bestehenden Klingelanlage der Polizei beim Gemeindeamt geht direkt auf die Landesleitzentrale. Von dort wird die nächstgelegene Patrouille zum Einsatzort geschickt, egal zu welcher Dienststelle (Dornbirn, Wolfurt, Egg oder Hittisau) diese gehört.

Abschließend hebt Hr. Ludescher nochmals hervor, dass die Sicherheit nicht von der Dienststelle im Ort abhängig ist, wichtig ist, dass die Polizei, wenn sie gebraucht wird möglichst schnell und handlungsfähig vor Ort ist.

Angelika Schwarzmann erkundigt sich, welcher Dienststelle Alberschwende zugeteilt wird und was für einen Stützpunkt an Räumlichkeiten gebraucht wird? Hans Peter Ludescher antwortet, dass in ersten Gesprächen, aufgrund der räumlichen Gegebenheiten, die Dienststelle in Hittisau vorgeschlagen wurde. Ideal, aufgrund der Entfernung, wäre die

Inspektion in Egg. Dort sind aber die Räumlichkeiten, sowohl in Größe wie auch in der Qualität, nicht gegeben. Wichtig ist, dass die Mannschaftszusammenführung möglichst schnell vorgenommen wird, für die Räumlichkeiten, egal ob in Egg oder Hittisau muss noch eine Lösung gefunden werden. Bzgl. Stützpunkt ist es so, dass von der Gemeinde im Prinzip ein Büro der Polizei zur Verfügung gestellt wird. Im Stützpunkt werden Aufnahmen, Sprechstunden, usw. gemacht, sprich es wird kaum eine Infrastruktur benötigt.

Hubert Gmeiner erkundigt sich, ob das Büro des Stützpunktes auch anderweitig von der Gemeinde genutzt werden kann und ob es sich bei der Klingel um die Außenklingeln des Gemeindeamtes handelt. Hans Peter Ludescher entgegnet, dass bzgl. des Büro für den Stützpunkt mit der jeweiligen Gemeinde eine übereinkommen gefunden werden muss. Bei den Klingeln handelt es sich um die Außenklingeln der Polizei, die jetzt schon beim Gemeindeamt installiert sind.

Walter Betsch merkt an, dass die Klingeleinrichtung betriebs- und vandalsicher installiert sein müssen. Ein Stützpunkt in Alberschwende ist nicht notwendig, da Anzeigen, Protokolle usw. auch auf der Dienststelle gemacht werden können.

Andreas Dür bringt vor, dass im Bedarfsfall ein schneller Einsatz gewährleistet sein muss. Ob eine Inspektion in Alberschwende ist, ist nicht relevant, da in der heutigen, mobilen Welt die Kommunikationswege anders verlaufen. Daher macht auch ein Stützpunkt, der nur selten besetzt ist keinen Sinn.

Christoph Winder bringt vor, dass in der Vergangenheit gerade am Morgen die Polizei bei der Dorfkreuzung sehr präsent war. Dies wird sich in Zukunft vermutlich verschlechtern. Herr Ellensohn antwortet, dass die Verkehrsüberwachung am Morgen, wenn die Schüler unterwegs sind, in den Vorgesprächen von der Frau Bürgermeisterin bereits als Forderung vorgebracht wurde. Diese Überwachung wurde zugesagt.

Helmut Muxel erkundigt sich, ob das Personal schleichend abgebaut wird, sprich Pensionierungen usw. nicht mehr nachbesetzt werden. Der Landespolizeidirektor informiert, dass momentan 865 Exekutivbeamten in Vorarlberg tätig sind. Laut einem bestehenden Vertrag, welcher bis 2015 läuft soll die Zahl der Beamten auf 900 aufgestockt werden.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass sich die Gemeindevertretung nochmals Gedanken bzgl. des Stützpunktes machen soll. Eine Entscheidung für oder gegen den Stützpunkt wird in der nächsten Gemeindevertretungssitzung im April beschlossen.

Angelika Schwarzmann bedankt sich bei der Abordnung der Polizei für das kommen. Die Herren Ludescher, Ellensohn und Winder verlassen die Sitzung.

Jürgen Bereuter (FPÖ): Da die Informationen zur heutigen Tagesordnung erst am Samstag zugeschickt worden sind, konnten diese zu spät angeschaut werden. Lt. Gemeindegesetz müssen Informationen eine Woche vorher zugeschickt werden, daher werde er heute bei allen Tagesordnungspunkten, bei denen es um die Beschlussfassung von Beträgen geht dagegen stimmen.

TOP 3: Wälderhalle

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in die Sitzung aufgenommen, da die mündliche Zusage für den Verkauf der Grundstücke 3532/1 und 3534/2 am 28. Februar 2014 abläuft. Diese Zusage wurde mit Bedingungen verknüpft, die inzwischen teilweise erledigt wurden bzw. noch offen sind. Dazu hat es am Freitag, 21. Februar 2014 eine Besprechung mit Hans Metzler, Johann Peter Metzler sowie Gerhard Rainalter, VB Helmut Muxel, GR Pius Berlinger und Angelika Schwarzmann gegeben, indem die im Februar 2013 vereinbarten Bedingungen erörtert und auf die Umsetzung überprüft wurden.

Geplantes Betreibermodell (u. a. Gesellschaftsform)	Das geplante Modell wurde bei der Besprechung am vergangenen Freitag mündlich vorgestellt.
Grobplanung der Halle, abgestimmt auf den Standort Alberschwende	Erledigt. Grobplanung liegt vor.

Parkplatzkonzept	Erledigt. Parkplatzkonzept liegt vor.
Verkehrseinbindung in die L200 (Linksabbiegespur, Gebrauchserlaubnis)	Die Verkehrseinbindung liegt konzeptuell vor, eine Gebrauchserlaubnis gibt es aber noch nicht. Laut BH Bregenz fehlt ein vollständig durchdachtes und mit den Behörden abgestimmtes Verkehrskonzept.
Vorabstimmung des Projektes mit der zuständigen Behörde BH Bregenz und den in das Bewilligungsverfahren einzubindenden Sachverständigen (Raumplanung, Geologie, Schallschutz, ...)	Am 28.11.2013 hat es eine Besprechung Vorort gegeben. Die dort aufgeworfenen Fragen und Zusatzforderungen wurden laut Information der Betreiber bei der Sitzung am 21.02.2014 mit den Behörden bearbeitet. Eine Überprüfung durch die Gemeinde konnte noch nicht gemacht werden.
Vorabstimmung mit dem Gestaltungsbeirat und Bauausschuss der Gemeinde Alberschwende	Die Vorabstimmung hat stattgefunden. Es gibt eine Stellungnahme des Gestaltungsbeirat. Das Projekt wurde aufgrund der ersten Vorlage des Gestaltungsbeirates überarbeitet und ist grundsätzlich aus diesem Blickwinkel vorstellbar, jedoch gibt es nach wie vor Optimierungspotenzial.
Finanzierungsplan samt Finanzierungszusagen (u. A. Förderzusagen von Land, Bund, Regio)	Ein Finanzierungsplan mit Bedingungen liegt vor. Es gibt aber keine schriftlichen Zusagen von Land und Bund, laut Aussage der Betreiber liegen mündliche Zusagen vor.
Betriebskonzept abgestimmt auf den Standort Alberschwende (Nutzungskonzept)	Ein grobes, ungeprüftes, mündliches „Betriebskonzept“ liegt vor. Bei der Besprechung am Freitag, den 21.02.2014 wird von Eishockeybetrieb, Publikumslauf, Eisvermietungen, Restaurant und Discobetrieb gesprochen.
Verkauf zum Preis lt. Schätzgutachten vom 24. September 2012	In der von den Betreibern vorgelegten Kalkulation ist der Kaufpreis mit 10 % Abschlag angegeben. Der von der Gemeinde für dieses Grundstück festgelegte Kaufpreis beträgt € 844.500. Dieser Kaufpreis ist von Seiten der Gemeinde nicht verhandelbar.
Bis zum 30. Juni 2013 ist der Gemeinde ein Zwischenbericht über den Projektstand zu übergeben.	Diese Zwischeninformation wurde vorgelegt.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass das Bemühen der Betreiber sehr groß ist und bereits viel erarbeitet wurde. Trotzdem wurden noch nicht alle Bedingungen erfüllt. Vor allem die Finanzierung ist Großteils noch offen. Den Betreibern wurde mitgeteilt, dass es von Seiten der Gemeinde und der Regio keine Fördermittel gibt und das auch keine Kosten in Zusammenhang mit diesem Projekt übernommen werden. Die am Freitag, 21.02.2014 vorgelegt kalkulierten Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich auf € 10,1 Millionen. Von den Betreibern werden von Land und Bund Förderungen in Höhe von 50 % der geschätzten Gesamtkosten erwartet, ansonsten ist das Projekt nicht finanzierbar.

Mit heutigem Datum wurde der Gemeinde Alberschwende ein offener Brief an die Gemeindevertretung gegen die Wälderhalle übermittelt. Dieses Schreiben wird an die Gemeindevertretungsmitglieder verteilt.

Heute muss die weitere Vorgehensweise der Gemeinde beschlossen werden. Mit Ablauf der Frist vom 28.02.2014 ist die Gemeinde Alberschwende von allen bisherigen Zusagen entbunden.

In der nachfolgenden, intensiven Diskussion wurden von den GemeindevertreterInnen vor allem folgende Punkte vorgebracht.

Günther Winder bringt vor, dass es eine mündliche Zusage des ehemaligen Bürgermeisters Reinhard Dür gibt, dass das Grundstück bis zum 28. Februar 2014 freigehalten wird. In der Gemeindevertretung wurde bisher nur kurz über das Thema Wälderhalle berichtet. Für eine Beschlussfassung fehlen Informationen.

Christoph Winder informiert, dass bei der damaligen Zusage von einem fertigen und für die Gemeinde Alberschwende denkbarem Projekt gesprochen wurde. Wenn über 50 % der Finanzierung durch die öffentliche Hand getragen werden müssen, ist das Projekt für ihn nicht denkbar.

Jürgen Bereuter (FPÖ) merkt an, dass es seitens der Gemeinde die Zusage bis zum 28. Februar gibt. Von den Betreibern des Projektes wurde bereits sehr viel Zeit und Geld investiert. Die von der Gemeinde Alberschwende gestellten Bedingungen wurden bereits fast alle erfüllt, sollten die restlichen noch abgeklärt werden, spricht nichts gegen das Projekt.

Pius Berlinger bringt vor, sollte die Option heute verlängert werden, muss klar sein, dass die Gemeinde, wenn alle Forderungen erfüllt werden, zur Wälderhalle nicht mehr nein sagen kann.

Helmut Muxel berichtet, dass die Gemeinde Alberschwende in diesem Projekt Wort gehalten hat. Wenn die Gemeinde Alberschwende jetzt nein sagt, liegt es daran, dass von den Betreibern bis heute kaum Informationen gebracht wurde. Auch ist das Finanzierungskonzept sehr unsicher. Eine schriftliche Stellungnahme von Land und Bund muss vorliegen.

Gregor Lässer bringt vor, dass die Gemeinde dem Betreiber die Möglichkeit gegeben hat, ein Jahr das Projekt auszuarbeiten. Nun soll dem Betreiber die Möglichkeit gegeben werden, das Projekt in der Gemeindevertretung vorzustellen.

Angelika Schwarzmann antwortet, dass es nicht Sache der Gemeinde ist den Betreiber einzuladen damit er das Projekt in der Gemeindevertretung präsentieren kann. Der Betreiber hätte sich selber darum kümmern müssen.

Michaela Sohm merkt an, dass Alberschwende der falsche Standort für die Wälderhalle ist. So haben die Betreiber alle öffentliche Diskussionen und andere Veranstaltungen zu diesem Thema zentral im Bregenzerwald abgehalten.

Elfriede Berchtold bringt vor, dass die von den Betreibern in Auftrag gegebene, in den Medien oft zitierte Umfrage sehr einseitig ist. Diese Umfrage darf bei einer Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt werden.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Meinungen der GemeindevertreterInnen werden folgende Beschlüsse einstimmig gefasst:

- **Der mündliche Optionsvertrag, welcher am 28. Februar 2014 ausläuft, wird nicht verlängert.**
- **Dem Betreiber wird in einer Sondersitzung am 31. März 2014 die Möglichkeit gegeben, das Projekt in der Gemeindevertretung vorzustellen. Vor allem bei der Finanzierung werden noch mehr Informationen gewünscht, die Anwesenheit der Verantwortlichen der Fördergeber wird erwartet.**
- **Wenn es seitens der Gemeinde Bedingungen gibt, müssen diese genau definiert, formuliert und vorab an die Mitglieder der Gemeindevertretung gesendet werden.**
- **Bei der Sitzung am 31. März 2014 soll über den Verkauf des Grundstückes oder die Verlängerung des Optionsvertrages abgestimmt werden.**

TOP 4: GIG Voranschlag 2014: Beschlussfassung

Die Vorsitzende erklärt, dass der GIG Voranschlag erstmals der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt wird, die Beträge des Voranschlag sind aber alle im Gemeindebudget, welches im Dezember beschlossen wurde, enthalten.

Ingo Hagspiel erklärt die einzelnen Positionen des Voranschlages:

Einnahmen:

Mieterlöse	€ 507.250,--
Sonstige Erlöse	€ 608.100,-- (€ 600.000,-- Darlehensaufnahme bzw. Förderungen für die Produktionsküche im Sozialzentrum, € 5.900,-- jährliche Reparaturrücklage, € 2.200,-- Betriebskosten die Weiterverrechnet werden)
Erlöse Gesamt	€ 1.115.350,--

Ausgaben:

Darlehensannuitäten	€ 613.150,--
Sonstige Aufwände	€ 669.650,-- (€ 600.000,-- Investition Produktionsküche Sozialzentrum, € 69.650,-- Versicherungen, Grundsteuer, Betriebskosten, Verwaltungsaufwand)
Aufwände Gesamt	€ 1.282.800,--

Erlöse Gesamt € 1.115.350,--

Aufwände Gesamt € 1.282.800,--

Abgangsdeckung € 167.450,-- die Abgangsdeckung wird von der Gemeinde Alberschwende steuerfrei an die GIG bezahlt.

Beschluss: Mit fünf Gegenstimmen (Monika De Sousa, Birgit Fiel, Patrick Schedler – AA, Jürgen Bereuter, Helmut Gmeiner - FPÖ) wird der Voranschlag der GIG 2014 beschlossen.

TOP 5: Darlehensaufnahme für den Bau einer Zentralküche im Pflegeheim

Die Vorsitzende berichtet, dass über die Notwendigkeit der Zentralküche bereits mehrmals informiert wurde. Seitens der Benevit wurde der Bedarf bereits vor zwei Jahren mitgeteilt. Momentan werden in den zwei Wohngemeinschaftsküchen die Mahlzeiten zubereitet. Diese Küchen sind für max. 15 bis 20 Mahlzeiten ausgelegt. Im Sozialzentrum Alberschwende werden zur Zeit täglich 60 Mahlzeiten produziert, Bedarf steigend. Weiters können die geforderten Hygienerichtlinien nicht eingehalten werden. Im Schadensfall würde die volle Verantwortung bei der Heimleitung liegen. Auch erfüllen die eingesetzten Geräte die Anforderungen nicht. So erfüllen z. B. alle eingesetzten Spülmaschinen die Anforderungen in Bezug auf Temperatur und Temperaturhaltezeit nicht. Das Modell Wohngemeinschaftsküche ist grundsätzlich erstrebenswert ist allerdings nicht als Produktionsküche geeignet. Es ist weiterhin angedacht, dass z. B. das Frühstück oder die Jausen in den Wohngemeinschaftsküche zubereitet werden.

Mit der Benevit wurde schon mehrmals über die Produktionsküche diskutiert, Ergebnis war immer dass die Kochsituation in der jetzigen Form nicht mehr möglich ist. Beim Bau des Pflegeheimes wurde eine Zentralküche vorgesehen, diese wurde aber nicht umgesetzt da das Wohngemeinschaftsmodell bevorzugt wurde. Nun soll die Produktionsküche in diesem, als Rohbau ausgeführten Teil des Sozialzentrums, umgesetzt werden. Die Kostenschätzung ergibt ein Investitionsvolumen von € 640.000,--. Vom Land Vorarlberg liegt eine Förderzusage in Höhe von € 192.000,-- vor. Die restlichen € 448.000,-- müssen fremdfinanziert werden. Die Benevit würde nach Fertigstellung der Küche diese von der Gemeinde mieten. Der Mietzins ist an die für die Darlehenstilgung notwendigen Rückzahlung gekoppelt, sprich für die GIG entstehen keine Kosten. Die GIG würde die Benevit mit der Projektumsetzung beauftragen.

Monika De Sousa berichtet, dass sie die Kostenaufstellung für die Produktionsküche erstmals in der letzten Vorstandssitzung gesehen hat und diese grundsätzlich in Frage gestellt hat. Nach Rücksprache mit Ingrid Stadelmann und Annelies Böhler wurde ihr aber vermittelt, dass die Investition notwendig ist. Allerdings ist zu hinterfragen, ob alles der Benevit zu übergeben ist. Die Gemeinde Alberschwende hat dann keinen Einfluss mehr auf die Qualität und Anzahl der Arbeitsplätze. Auch die Qualität der eingesetzten Lebensmittel kann nicht mehr beeinflusst werden. Eine Möglichkeit wäre, für Essen auf Räder eine kleinere, billigere Küche zu installieren, dann hätte die Gemeinde noch mehr Einfluss.

Angelika Schwarzmann entgegnet, dass wir das Modell mit den kleinen Küchen bereits haben und dieses nicht mehr funktioniert bzw. die Hygienerichtlinien nicht erfüllt werden können. Bzgl. Personal und verwendeter Lebensmittel ist es so, dass dies bereits jetzt von

der Benevit verwaltet wird. Das Pflegeheim Alberschwende hat einen sehr guten Ruf, die Verantwortung kann der Benevit 100%ig überlassen werden.

Hubert Gmeiner merkt an, dass es aus seiner Sicht eher verantwortungslos wäre, wenn die Gemeinde der Benevit die Verantwortung entziehen würde. Im Sozialzentrum ist bisher immer alles sehr gut gelaufen.

Birgit Fiel übergibt einen Bericht an die GemeindevertreterInnen indem es unter anderem darum geht, wie wichtig es ist, dass die Menschen auch den Geruch von Essen in ihrer Umgebung wahrnehmen. Wenn die Mahlzeiten in einer Produktionsküche gekocht werden, gibt es außerhalb dieser Räumlichkeiten keine Essensgerüche mehr.

Angelika Schwarzmann antwortet, dass weiterhin das Frühstück oder auch die Jause in den Wohngemeinschaftsküchen hergerichtet werden, es wird nicht alles in der Produktionsküche gemacht.

Walter Betsch bringt vor, das gutes, qualifiziertes Personal nur gehalten werden kann, wenn die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz gut sind. Mit der Installation der Produktionsküche würde ein Schritt in diese Richtung gemacht.

Patrick Schedler erkundigt sich wie sich der Betrag für die Kucheneinrichtung zusammensetzt, was für Küchenmaschinen sind darin enthalten.

Angelika Schwarzmann entgegnet, dass es für die Auswahl der Küchengeräte Besprechungen mit dem Küchenplaner W. Casar, der Benevit und dem Küchenpersonal gegeben hat. Was für Küchenmaschinen im Detail angeschafft werden kann nicht gesagt werden, wenn es gewünscht wird, kann eine Liste angefordert werden.

Beschluss: Mit fünf Gegenstimmen (Monika De Sousa, Birgit Fiel, Patrick Schedler – AA, Jürgen Bereuter, Helmut Gmeiner – FPÖ) wird die Darlehensaufnahme in Höhe von € 448.000,-- beschlossen.

TOP 6: Darlehensaufnahme Projekt „Lift neu“ / Haftung 50 % - Verlängerung der Laufzeit

Am 27.05.2013 hat die Gemeindevertretung die Haftungsübernahme von 50 % zu einer Kontokorrentbereitstellung von € 100.000,-- für die Liftbetriebe für das Projekt „Lift neu“ bis zum 31.12.2013 übernommen. Bei der damaligen Beschlussfassung ist das Projektteam davon ausgegangen, dass die geplanten Vorarbeiten des Projektes bis Ende des Jahres 2013 abgeschlossen sind. Mit der Raiffeisenbank Alberschwende, die ebenfalls 50 % der Haftung übernommen hat, konnte eine Laufzeitverlängerung bis zum 31.12.2015 vereinbart werden, diese sollte heute von der Gemeindevertretung beschlossen werden.

Jürgen Bereuter (FPÖ): Es fehlen Informationen zum Projektstand, was wurde schon alles erreicht. Angelika Schwarzmann informiert, dass im September in der Gemeindevertretung über das Thema ausführlich berichtet wurde. Seither hat sich nicht viel geändert, da das Projekt momentan bei den Grundbesitzerverhandlungen feststeckt. Von diesen Gesprächen hängt vieles ab, daher kann in vielen Bereichen momentan nicht weitergemacht werden. Was unabhängig von den Gesprächen gemacht werden kann, wird gemacht.

Birgit Fiel: Die Öffentlichkeitsarbeit in so einem Projekt ist sehr wichtig. Die Bevölkerung muss miteinbezogen und breit informiert werden.

Angelika Schwarzmann entgegnet, dass die Informationen die momentan gegeben werden können noch unzureichend sind. Zuerst muss mit den Grundbesitzern gesprochen werden, dann wird die Öffentlichkeit auch informiert. Die Bevölkerung zu informieren ist sehr wichtig, allerdings gab es aus Sicht der Projektbetreiber den richtigen Zeitpunkt noch nicht.

Beschluss: Mit vier Gegenstimmen (Monika De Sousa, Birgit Fiel, – AA, Jürgen Bereuter, Helmut Gmeiner – FPÖ) wird der Verlängerung der Haftungsübernahme in Höhe von 50 % bis 31.12.2015 zugestimmt.

TOP 7: Wildbach- und Lawinerverbauung: Erhöhung der Betreuungsdienste

Hubert Gmeiner informiert, dass seit den späten 70er Jahren, die Wildbach- und Lawinerverbauung im Rahmen des Betreuungsdienst Kleinmaßnahmen durchführen. Maßnahmen die im Rahmen des Betreuungsdienstes umgesetzt werden, werden zu je einem Drittel vom Bund, Land und der jeweiligen Gemeinde getragen. Um im Bedarfsfall rasch und unbürokratisch zu handeln gibt es Seitens des Bundes und des Landes generelle Förderzusagen für diese Projekte. Die jeweilige Gemeinde muss im Anlassfall den notwendigen Beschluss fassen. Seitens der Wildbach und Lawinerverbauung wurde nunmehr beim Land Vorarlberg angefragt, ob eine Valorisierung des Ende der 70er Jahre festgelegten Betrages von € 21.000,-- auf € 48.000,-- möglich ist. Das Land hat dieser Anfrage zugestimmt, wenn auch die Gemeinden zustimmen.

Beschluss: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Alberschwende stimmt grundsätzlich einem finanziellen Rahmen von € 48.000,-- für jede Maßnahme des Betreuungsdienstes der Wildbach- und Lawinenverbauung einstimmig zu. Dieser Betrag wird gemäß WBFG zu je einem Drittel von Bund und Land Vorarlberg gefördert. Alle Maßnahmen des Betreuungsdienstes der WLW sind aber von einem Vertreter der Gemeinde mittels dem dafür vorgesehenen Antragsformular zu beantragen und die Arbeiten sind nach Abschluss von der Gemeinde abzunehmen und zu bestätigen.

TOP 8: Übergabe Gst 4931/2 Öffentliches Gut (Mereute) an Straßenbenutzer / Anlieger

Die vom Gemeindevorstand im Zusammenhang mit der Neuvermessung des Gst 4931/2 KG Alberschwende formulierten Bedingungen sind von den beteiligten Grundeigentümern erfüllt, die grundbücherliche Eintragung ist mittlerweile ebenfalls durchgeführt (BGBR TZI. 7914/2013). Das gegenständliche Öffentliche Gut endete bisher südlich des HNr. 141 ohne weiterführende Funktion. Zusätzliche Erschließungen über diese Zufahrt sind auf Grund der örtlichen Situation sowie des Räumlichen Entwicklungskonzeptes Alberschwende nicht vorgesehen, sodass die gegenständliche Parzelle für die Gemeinde keine Allgemeinbe- deutung hat.

Die Parteien haben das Notariat Dr. Michel in Bregenz beauftragt, eine Urkunde auszuarbeiten, mit der das Gst 4931/2 KG Alberschwende mit einer Fläche von nunmehr 426 m² zu gleichen Teilen in das Eigentum der 4 Liegenschaftseigentümer, die diese Straße als Zufahrt benötigen, übereignet wird. Der Schenkungsvertrag liegt im Entwurf bereits vor. Sämtliche Kosten des Rechtsvorganges tragen die Übernehmer. Aufgrund der Eigentumsübertragung an Private obliegt diesen künftig die Weginstandhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht i.S. des § 1319a ABGB.

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen,

a)

die Aufhebung der Widmung für den Gemeingebrauch für das Gst 4931/2 KG Alberschwende und

b)

die schenkungsweise Übergabe desselben Grundstückes zu je ¼ Anteil in das Eigentum von Martin Flatz, Johannes Flatz, Elmar Schwärzler und Sandra Greber-Schwärzler.

TOP 9: Genehmigung des Protokolls vom 16.12.2013

Beschluss: Ohne Einwände wird das Protokoll der 28. Gemeindevertretungssitzung vom 16.12.2013 genehmigt.

TOP 10: Berichte, Sonstiges, Allfälliges

Andreas Dür informiert, dass am 13.02.2014 eine unangekündigte Prüfung der Gemeindegassa stattgefunden hat. Er verliest das Protokoll der Prüfung. Abschließend lobt Andreas Dür die sehr saubere Buchführung und Arbeit von Edmund Geiger.

Angelika Schwarzmann informiert kurz über die folgenden Themen:

- Ortsplan: Die neue Version wurde fertiggestellt und ist im Gemeindeamt erhältlich
- Achtalweg: Die Eröffnung wurde mit dem 18.06.2014 – 17 Uhr terminiert
- Die Jahreshauptversammlung der offene Jugendarbeit in Egg hat stattgefunden
- Sitzungsteilnahme bei Unterausschusssitzungen: Bei der letzten Sitzung des Unterausschusses Jugend waren drei Personen anwesend, der Großteil der fehlenden Personen hat sich nicht entschuldigt. Die Teilnahme an Sitzungen von Unterausschüssen bitte wahrnehmen, sollte es terminliche Probleme geben bitte sich vorab zu entschuldigen.

Patrick Schedler informiert über die Probleme im Jugendraum. Momentan hat sich das Team stark verkleinert, dadurch kommt es auch zu Einschränkungen in den Öffnungszeiten. Im Jugendausschuss wurde bereits darüber diskutiert was gemacht werden kann.

Zum Abschluss informiert die Vorsitzende über die Faschingsitzung am 03.03.2014. Das von der Faschingszunft vorgegebene Motto lautet „Ma schwimmt“.

Ende: 00:40 Uhr

Der Schriftführer



Ingo Hagspiel

Die Bürgermeisterin



Angelika Schwarzmann